



Gemeinde Roetgen  
mit den Ortsteilen  
**ROETGEN-ROTT**  
u. **MULARTSHÜTTE**

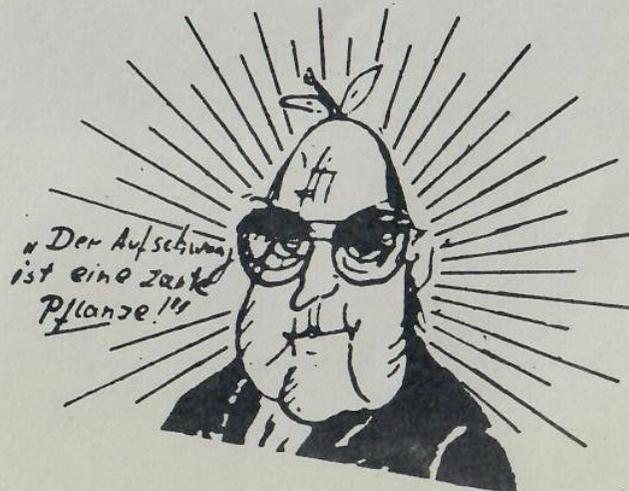
# DIE GRÜNEN

*informieren*

**Nr. 6 Mai 85**

## **NUN STRAHLEN SIE WIEDER**

die Köpfe unserer Politiker nämlich, metergroß und in schönsten Farben von den Plakatwänden. Halbseitige Anzeigen füllen die Zeitungen, Radio und Fernsehen bleiben nicht verschont, kurz: die sogenannte heiße Phase des Wahlkampfes hat begonnen. Welche Inhalte auf diesem Verkaufsweg unters Volk gebracht werden sollen, untersuchte Thomas Schwarzenberger an CDU und F.D.P., die in NRW gerne wieder an die Macht kommen wollen. →



## CDU Der christdemokratische Feldzug für Frohsinn und Optimismus

Daran, daß sie natürlich alles besser machen würden, haben wir uns ja schon gewöhnt. Doch eines ist neu in der Strategie der CDU, sie verbreitet hemmungslosen und blinden Optimismus. Die paar 100.000 Arbeitslosen werden noch schnell als Altlast allein der SPD zugeschrieben, die daran schuld sei, daß der Aufschwung, den die Wende hervorgebracht hat, an Nordrhein-Westfalen so spurlos vorbeigegangen ist. Aber mit einer CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen kommt der letzte Teil der großen Wende.

Uns geht es gut, die Inflationsrate ist gefallen, also hat die Hausfrau mehr Geld in ihrer Kasse. Ist das nicht die sozialste Politik?

Man muß nur lange genug davon reden, die Leute werden's dann schon glauben.

Diese Art von Wahlkampf zu betreiben hat die CDU importiert. Sie ist made in USA und verhalf Ronald Reagan zu einem überzeugenden Sieg in den USA. Man vergaß auch nicht den Wahlkampfschlager, dessen mitreisender Schwung jedem Sozialhilfeempfänger mindestens soviel Wert sein mußte wie drei Monatszahlungen. Diese Wahlkampfstrategie wurde von Werbefachleuten ausgearbeitet und bis ins kleinste Detail durchdacht. So werden Unsummen in die psychologische Erforschung des Wählers gesteckt und das Produkt sieht dann so aus:

Die Gegner, allen voran die SPD und GRÜNE, werden als Parteien charakterisiert, die die Armut herbeireden, als Sammelbecken für Untergangspropheten, die vor lauter Umweltgiften und Atomraketen das Lachen verlernt haben. Solche Parteien, die Pessimismus verbreiten, wählt man nicht. Ein Kohl-Berater erklärt das simple Rezept: "Wir sagen den Leuten, daß sie sich gut fühlen und dann fühlen sie sich gut." (aus Spiegel 10/85 S. 30)

Die CDU will jedoch dasein für jene Mehrheit von Bürgern, die daran glauben möchten, daß alles so schlimm nicht ist oder gar kommt. Es geht aufwärts mit Deutschland. Kein Wort von der Massenarbeitslosigkeit, kein Wort von der größten Zahl der Firmenpleiten seit Bestehen der Bundesrepublik, kein Wort über die wirkliche finanzielle Situation der Rentenversicherung. Daß der augenblickliche sogenannte Aufschwung einhergeht mit dem zur Zeit astronomisch hohen Dollarkurs wird wohlweis-

lich verschwiegen. Ich möchte nicht wissen, ob unsere Produkte auf dem Weltmarkt noch so großes Interesse finden, wenn der Dollar auf einen Wert von 2,30 DM fiele. Dies könnte eine fatale Wirtschaftskrise auslösen. Man bedenke dabei, als die letzte große Rezession begann, hatten wir in der Bundesrepublik etwa 1 Million Arbeitslose, zur Zeit aber, in der Aufschwungphase, etwa 2,4 Millionen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit liegt immer noch höher bei Beginn einer Abwärtsbewegung der Wirtschaftsdaten.

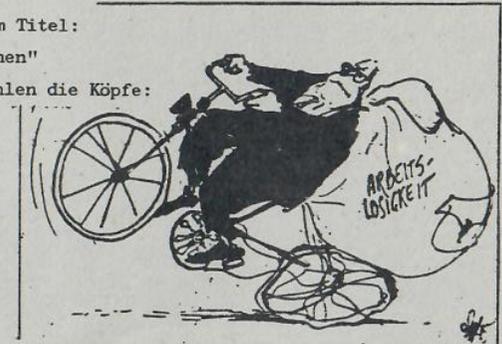
Die Staatsverschuldung nimmt auch unter der CDU Regierung weiter zu. Sie wird nur kaschiert mit Rekordgewinnen der Bundesbank (über 10 Mrd. DM), die hauptsächlich aus Devisenspekulationen mit dem US-Dollar stammen. Das heißt, der Sozialhilfeempfänger und der Arbeitslose erhält immer weniger von dem zu verteilenden Kuchen, während derjenige, der sowieso das meiste Kapital angehäuft hat, durch Steuerentlastungen stark begünstigt wird.

Das ganze firmiert dann unter dem Titel:

"Leistung muß sich wieder lohnen"

und von den Plakatwänden strahlen die Köpfe:

"Aufschwung nur mit uns."



Es geht aufwärts

aus Dennis Kasper (Dagbladet)

## F.D.P.

### Das große "JA", wozu eigentlich ?

Die FDP erklärt das mit ihrem Spitzenkandidat Dr. Achim Rohde so:

Die ökonomische Macht des intelligenten Egoismus muß genützt werden.

(man könnte im Klartext auch sagen, Freie Fahrt für die Ellenbogen-gesellschaft)

Sieht man auf diesem Hintergrund die letzten, wegen des Wahlkampfes wieder zurückgenommenen Vorschläge, dann kann man nur hoffen, daß die Wähler dieses demagogische und unsoziale Vorgehen der FDP durchschauen: Wieder Arbeit für Arbeitslose, aber unter Tariflohn. -

Dieses Geschäft mit der Angst und Not, das hier mit den sozial Schwachen, den schon länger Arbeitslosen, getrieben wird, ist geradezu

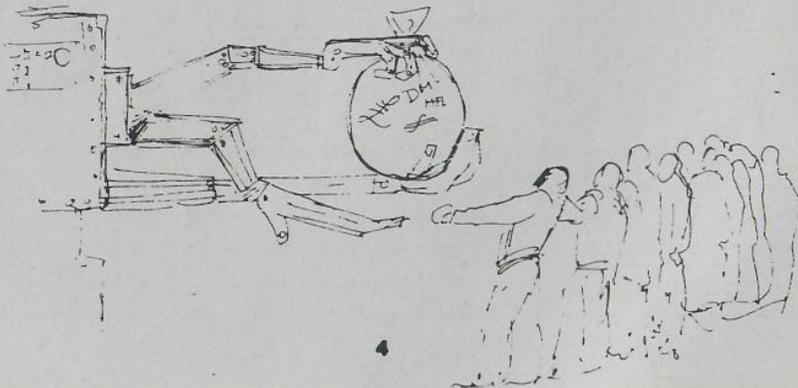
schamlos. Wer möchte nicht endlich wieder einen Arbeitsplatz - in diesem Fall "zu jedem Preis"? Auch diese Praxis kommt aus den USA, vier Jahre lang ist sie dort schon gang und gäbe. Dort gibt es den Arbeiter ohne normale Tarifabsicherung - zwei Klassen von Arbeitern in den Betrieben.

Kann sich die FDP bei diesen Forderungen für Billiglöhne, aber neue Arbeitsplätze noch ein scheinbar soziales Mäntelchen umhängen (schließlich bekommen sie ja mehr als Arbeitslosenhilfe und "dürfen" arbeiten), so zeigt sie an anderer Stelle ganz unverblümt ihr eigentliches Gesicht. Geplante Gesetzesänderungen der FDP in NRW, falls sie mit der CDU zusammen regiert:

1. Abschaffung des 10. Pflichtschuljahres, obwohl dieses eingeführt wurde
  - a) um den Arbeitsmarkt zu entlasten
  - b) um den Schülern der Hauptschule überhaupt eine reelle Chance im Konkurrenzkampf mit Realschülern und sogar Abiturienten auf Lehrstellen zu geben.
2. Herabsetzen des jetzigen Berufsschulpflichtalters von 21 Jahre auf 18 Jahre.

So bekommt man schnell voll einsetzbare Arbeiter und nicht "vergreiste Lehrlinge" und dies auch noch zu Billiglöhnen.

Fazit: Das mit der CDU gemeinsame Leitziel "Leistung muß sich wieder lohnen!" wird angesichts dieser Forderungen der "intelligenten Egoisten" ganz deutlich - Leistung lohnt sich wieder für die ohnehin schon Privilegierten. Die Groß-Industrie macht so immer mehr Gewinne, die, in Roboter umgemünzt, die Produktivität des einzelnen, noch höher qualifizierten Arbeiters erhöhen und so weitere Arbeitsplätze vernichten.



Eine Partei mit solchen Vorstellungen darf nicht wieder in den Landtag!

Übrigens, bei dem plakatierten "Ja" der FDP kommen Älteren unter uns peinliche Erinnerungen: Unter Hitler war das eine Abstimmungsfrage und nur wenige trauten sich das "Ja" nicht anzukreuzen!

Die Grünen behaupten nicht, daß sie in dieser Wirtschaftsmisere durch ihren Einzug in den Landtag alle Wirtschaftsprobleme auf einmal lösen könnten; aber dieser unsoziale und arbeitnehmerfeindlichen "Wendepolitik" werden sie sich aufs Entschiedenste widersetzen. Ihre Vorstellungen zur Lösung dieser Probleme haben sie auch für eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD dieser Partei deutlich signalisiert. Denn wir wollen: keine Bonner Wende in NRW!

Lesen Sie bitte dazu die Ausführungen in unserem Kurzprogramm und besuchen Sie unsere nächsten Gesprächsabende zu den Themen Wirtschaft, Dritte Welt und Abrüstung am 09.05.1985 um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Zur Ampel", Bundesstr. 68

## SPENDEN: Geben schwerer denn nehmen?

Im "Stern" vom 31. 1. 85 lasen wir folgendes:

Alfred Dregger, Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sorgte am "Tag für Afrika" im Bundeshaus für eine Überraschung. Mit großer Geste und in Abwesenheit eines Äthiopiens überreichte er den 18 für Afrika sammelnden Hilfsorganisationen einen verschlossenen Umschlag mit einer Spende seiner Fraktionskollegen. Der Umschlag wurde von Frau Dr. Henselder-Barzel (der Ehefrau Rainer Barzels) als Vertreterin der Welthungerhilfe entgegengenommen und sofort geöffnet. Inhalt: Ein Scheck über 1000.- DM. Das macht bei 253 christlichen Abgeordneten pro Kopf 3.95 DM. Die Bonner CDU-Zentrale antwortete auf die Höhe der Spende: "Unsere Devise heisst: Gute Werke tun und nicht darüber reden". Von den 202 Mitgliedern der SPD-Fraktion wurden 28000.- DM gespendet. Die 27 Abgeordneten der GR KEN gaben ihre "Distenerhöhung": 29000.- DM. Bei der spendengebeutelten FDP wurde an diesem Tag überhaupt nicht gesammelt.

Und wie schwärmte unser Kanzler:

"Wo gibt es noch so ein Land, wo die Sternsinger von zehn bis zwölf Jahren 18 Millionen Mark für den Hunger in Afrika gesammelt haben." (Spiegel 10/85)

# Die Russenmilbe

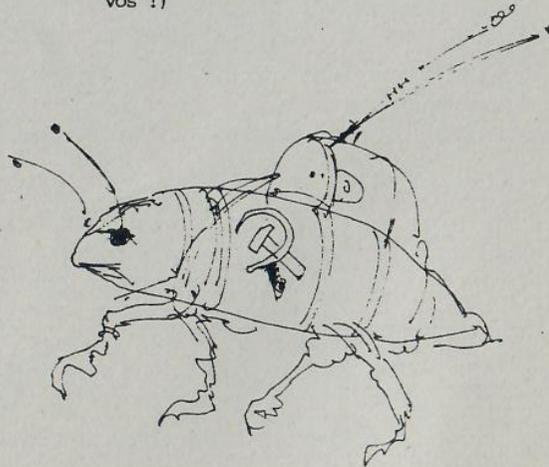
oder

## Unsere tägliche Desinformation

Der zweite Teil der Überschrift ist der Titel eines kürzlich erschienen Buches, das in flotter Journalisten-Schreibe, aber mit messerscharfer Analyse anprangert, wie die Massenmedien den hilflosen Bürger in die Irre führen. Die dazu gebrachten Beispiele sind teils pikant, teils tragi komisch, insgesamt aber so geartet, daß sie zum kritischen Umgang mit allen Nachrichtenmedien zwingen. Es wird deutlich, daß allein die Auswahl von Nachrichten, gegen dieselben an sich noch unverfälscht, korrekt und objektiv richtig sein, schon "Meinungsmache" darstellt, daß ihre Placierung - am Anfang oder Ende einer Fernsehensendung, auf der ersten oder dritten Seite einer Zeitung, links unten oder rechts oben - über den Informationswert entscheidet und in jedem Falle "politisch" ist.

Über vorsichtig wird umschrieben - die Autoren sind mehr oder weniger selbst "abhängige" Journalisten! - daß darüber hinaus auch wohl allzu offensichtlich eindeutige Falschmeldungen lanciert werden, um bestimmte parteipolitische und/oder wirtschaftliche Interessen gut aufbereitet unters Volk zu bringen. Man denke nur an die gezielte Des- oder Nicht-Information oder Bagatellisierung, wenn's um eine mögliche Beeinträchtigung der Bevölkerung durch Industriegifte oder militärische Maßnahmen geht.

Dem aufgeschreckten, mißtrauisch gewordenen Leser ist zu empfehlen, sich ein weiteres Buch, den von Frauke Höbermann herausgegebenen Band: "Der Kampf um K ö p f e - oder: die Nachrüstung in den Medien" - sozusagen als Fortsetzung zu Gemüte zu führen. Aus der Lektüre dieses Buches wird man weit weniger optimistisch entlassen. Wolf Schneider und seine Mitautoren geben wenigstens Ratschläge, wie die Nachrichtenmisere durch engagierte, mutige Journalisten gemildert werden könnte. Man friert angesichts des Zynismus mit dem der durchschnittliche Nachrichtenkonsument betrogen, verkauft, verdummt, manipuliert wird. (Peter Boenisch, heute Regierungssprecher, Ex-BILD-Chef, nennt seine Leser "Primitivos"!)



Beispiele aus der BILD-Nachrichtenküche sind in diesem Zusammenhang beinahe schon trivial - d.h. es überrascht niemand - auch nicht den unkritischsten BILD-Leser - daß es sich bei Informationen, die BILD verbreitet, eigentlich selten um reale Tatsachen handelt. Nachrichten werden oft bis zur Unkenntlichkeit verfälscht, mindestens aber in eindeutig parteipolitischer Richtung aufbereitet, wozu jedes noch so unpolitische Thema recht ist: jüngstes Beispiel, daß mir, die ich mich zufällig mit Imkerei beschäftige, besonders auffiel: BILD-Meldung vom 7.3.85:

Die Russenmilbe tötet unsere Bienen.

Unter dieser head-line wird in wenigen Zeilen ausgeführt, daß deutsche (!) Bienen von einer Milbe bedroht, d.h. über kurz oder lang ausgerottet werden, die, aus Südostasien stammend, von Rotarmisten über die DDR zu uns importiert wurde.

Wahr daran ist: die Varroa-Milbe stammt aus Südostasien; die europäischen Bienenrassen sind diesem Parasiten bisher hilflos ausgeliefert. Aber: eingeschleppt wurde die Krankheit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von deutschen Forschern, die in Oberursel/Taunus Züchtungsversuche mit asiatischen und europäischen Bienenrassen zum Zwecke der Ertragsverbesserung machten.

Die Russen - an unseren Problemen völlig unschuldig! -

kämpfen ihrerseits genauso verzweifelt gegen die Krankheit, die über die Grenze zu Afghanistan bei ihnen eingewandert ist. Der Erfahrungsaustausch zwischen sowjetischen und westlichen Forschern in Sachen Varroatose-Bekämpfung funktioniert störungsfrei - trotz BILD! - Beide Seiten hoffen auf eine baldige Lösung des Problems. Was aber steht wohl hinter der Russenmilben-Meldung von BILD?! Selbst bei allerbestem Willen: sooo schlecht kann auch der dümmste Journalist nicht recherchieren - ein Anruf beim nächsten Imkermeister hätte genügt, um exakt zu klären, was es mit der Varroatose auf sich hat ...

Fazit - Wichtig ist nicht der Wahrheitsgehalt einer Meldung, sondern allein der Effekt - daß nämlich das Feindbild wieder mal gerade gerückt worden ist!

Wenn Sie mich jetzt fragen, welche Tips für den Umgang mit Nachrichten über welches Medium auch immer ich empfehlen könnte - ehrlich: sehr viel fällt mir dazu nicht ein, außer: Vorsicht! Vorsicht!! Vorsicht!!!

Und lesen Sie:

Wolf Schneider: Unsere tägliche Desinformation.

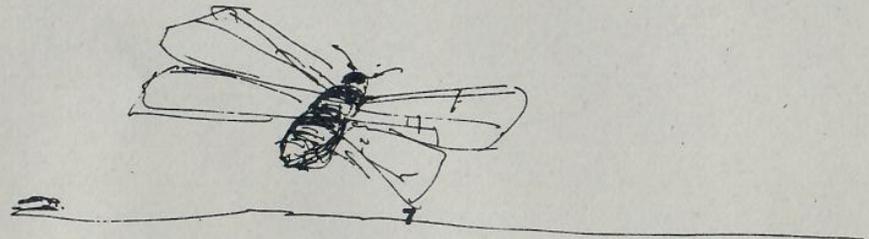
STERN-Buch, Gruner + Jahr, Hamburg

Frauke Höbermann: Der Kampf um K ö p f e oder: die Nachrüstung in den Medien

Steidl Verlag

Reihe Medienbuch

Brigitte Commichau



Wer zieht eigentlich mit einer GRÜNEN Fraktion in den Disseldorfer Landtag ein? Wir können Ihnen hier nicht alle Kandidaten vorstellen, die bei 5% oder mehr Stimmenanteil dort ab Sommer mitarbeiten werden. Als Beispiel stellen wir hier Hermann Brendieck vor, der auf Nr. 7 der Landesliste steht. Nach seiner eigenen Stellungnahme zur Landwirtschaftspolitik in NRW folgt ein Aufsatz über ihn und wie er zu den GRÜNEN kam.

Anläßlich der „Grünen Woche“ in Berlin traten der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Matthiesen, Bauernpräsident Heeremann und Vertreter der Landwirtschaftskammern aus NRW gemeinsam mit einem Landwirtschaftsprogramm für NRW an die Öffentlichkeit. Die neueste Nummer in der großen Wählerverdümmungsschau der NRW-SPD ist das Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft in NRW.

Die Angst vor den Grünen scheint jetzt sogar schon linke Minister und die Barone vom Bauernverband an einen Tisch zu treiben. Denn dieses Programm wurde von Matthiesen zusammen mit dem Bauernverband und den beiden Landwirtschaftskammern erarbeitet und vorgestellt. Nun ist der Bauernverband zwar nach seiner Satzung überparteilich und die Kammern sind ohnehin zu parteipolitischer Abstinenz verpflichtet und die SPD hat man außerdem noch nie gemocht, aber wenn diese Grünen vor der Tür stehen? Da vergißt man eben seine Satzung, geht zur 'Gemeinsamkeit aller Demokraten' über, wopunter man die Vorbereitung einer großen Koalition zu verstehen hat.

Und Minister Matthiesen, das ökologische Feigenblatt des nordrhein-westfälischen Beton- und Schwefelkabinetts, verbündet sich mit den CDU-Größen vom Bauernverband, die ja schon immer so aufgeschlossen für ökologische Fragen waren. Entsprechend sieht das Programm dann

Kommentar zur Landespolitik

## Wer ist der Grünste im ganzen Land?

Hermann Brendieck

auch aus:

Kein Wort über Hilfen für jene kleinen Bauern, die durch die ungerechte Milchkontingentierung in Gefahr geraten sind.

Kein Wort zu Tierbestandsobergrenzen und Flächenanbindung der Tierhaltung zur Einschränkung der industriellen Tierproduktion.

Kein Wort zu den enorm gestiegenen Soj-Illasten, die die kleineren Betriebe kaum mehr aufbringen können.

Kein Wort zur Käfighaltung von Hühnern.

Kein Wort zum Verbandsklagerecht. Hierzu sollte man wissen, daß das

Verbandsklagerecht für anerkannte Naturschutzverbände von der SPD im Bund gefordert wird, von der Landes-SPD, dem 'Vorreiter' im Umweltschutz, aber abgelehnt wird. Und so könnte man die Reihe beliebig fortsetzen. Viel fromme Wünsche, Selbstverständlichkeiten und unverbindliche Absichtserklärungen hat man hier zu Papier gebracht, aber kaum konkrete politische Aussagen.

Nein, Herr Matthiesen, wenn Sie uns Grünen den Wind aus den Segeln nehmen wollen, dann müssen Sie sich schon auf unsere Inhalte einlassen. Allein mit Schau und Pressewirbel geht das auf Dauer nicht. Und mit Heeremann & Co. haben Sie sich weiß Gott die schlechtesten Bundesgenossen ausgesucht.

Mit ein wenig 'Ökologie fürs Volk' kann man nicht 10 Jahre sozialdemokratischen Nichtstun auf allen Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes vertuschen. Und tägliche Presstermine zu grünen Themen können nicht Ersatz sein für konkrete Gesetzesinitiativen und verbindliche politische Aussagen. Aber vielleicht klappt das ja alles viel besser, wenn demnächst in Düsseldorf 15 - 20 grüne Abgeordnete mitarbeiten und Herrn Matthiesen an manches Wahlversprechen erinnern. Einige brauchbare Ansätze will ich ja gar nicht leugnen. Aber die Zeit für Unverbindlichkeiten und fromme Absichtserklärungen ist dann vorbei: Dann wird endlich Farbe bekannt und dann werden Nägel mit Köpfen gemacht. Bis dann!

## EIN GRÜNER IN SCHWARZER UMGEBUNG

Hermann Brandieck, Bauer und Landtagskandidat der Grünen in NRW

Schon der äußere Eindruck hebt meine Stimmung. Je weiter ich mich der Ortschaft Nütterden nähere, um so intensiver mein Urlaubsverlangen. Die kleinen, flacher werdenden Backsteinhäuser weisen auf die nahen Niederlande hin. Neun Kilometer vor der Grenze halte ich kurz nach dem Ortseingangsschild Nütterden vor einer Kneipe. Vier Männer und die Wirtin mustern mich mißtrauisch. Hermann Brandieck? "Ach, Hermann, den Sohn von Hermann?" Genau zu dem will ich. Jeder kennt ihn hier. Fünf Minuten später bin ich auf seinem Hof. In dem kleinen Dorf am Niederrhein hat sich Hermann in den letzten Jahren einiges anhören müssen. Das fing schon bei der Kriegsdienstverweigerung vor acht Jahren an. Wenn Hermann erzählt, dann merkt man schnell, daß dieses Dorf eben doch in der Bundesrepublik liegt. Schon einen Kilometer jenseits der Grenze herrscht, so Hermann, eine "grundsätzlich andere Mentalität". Ein "scharfer politisch kultureller Einschnitt", gekennzeichnet durch "Offenheit" und durch die Bereitschaft zum "Zuhören", Eigenschaften, auf die man diesseits der Grenze - trotz der äußerlichen Übereinstimmungen - nur selten trifft.

In dieser engen Dorfgemeinschaft sich zur Anti-AKW-, zur Friedensbewegung und zu den Grünen zu bekennen, hat Konsequenzen bis in den persönlichen Bereich hinein.

Hermann hat das Gymnasium in Kleve abgebrochen, weil er trotz guter schulischer Leistungen einfach mit den Lehrern nicht mehr klar kam. Bis zum 18. Lebensjahr entwickelte "ich mich ganz

normal, katholisch geprägt durch die Mutter, und vom Vater sogar nationalbewußt erzogen". Die Eltern schluckten die Kriegsdienstverweigerung - "natürlich hätte mein Vater mich lieber als Soldat gesehen" - und lernten, nicht ohne Skepsis und Bitterkeit, sein Engagement bei den Grünen zu akzeptieren.

Seine Mutter, eine sympathische Frau, hatte im Dorf so manch abfällige Bemerkung über ihren Sohn wegzustecken. Richtig findet sie das Engagement ihres Sohnes auch heute noch nicht - "wir waren immer CDU" -, aber "ich weiß, daß er es gut meint". Wird sie ihren Sohn wählen? "Muß ich die Frage beantworten?"

Trotz aller Skepsis, langsam finden die Eltern Hermanns konsequenten Weg wohl auch spannend. Sie haben eingesehen, daß ihr Sohn nicht mehr zu bremsen, nicht mehr umzupolen ist. Jetzt macht die Mutter sogar Telefondienst, wenn der grüne Wahlkämpfer im Stall bei den Schweinen, Pferden oder Schafen zu tun hat. Und das Telefon klingelt in diesen Tagen oft. Kaum ein Kreisverband in den ländlichen Regionen des Landes, der auf Hermann als Wahlkämpfer verzichten möchte. Organisieren müssen die grünen Kandidaten so ziemlich alles selbst. Die Unterstützung seitens der Landesgeschäftsstelle ist mehr als dürftig, auch der Landesvorstand reißt sich an den Kandidaten. Überspringen die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde, ziehen mindestens zehn von ihnen in den Landtag ein. Unter ihnen Hermann. Sein agrarpolitisches Credo liebe sich vielleicht so beschreiben: "Den Großagrariern nehmen

### Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen" Roetgen, Postweg 2.

Verantwortlich i. S. d. Pressgesetzes: Dr. Siegfried Scholz.

Wesentlich gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

Für den regelmäßigen Bezug dieses Informationsblattes genügt die Mitteilung von Namen und Adresse an den Ortsverband oder eines der Ratsmitglieder. Der Bezug ist kostenlos.

Bankverbindung: R. Schwarzenberger - OV "Die Grünen", Konto 95 515 bei der Raiffeisenbank Roetgen, BLZ 3706 9642.

den kleinen Bauern geben." Wenn es nach den Landtagskandidaten geht, wird Hermann im Fernsehen gegen Landwirtschaftsminister Matthiesen antreten. Der 26jährige, der mit weitem 20 Berufskollegen das agrarpolitische Programm der Grünen formuliert hat, ist dafür der richtige Mann. Sachkundig, humorvoll, einer, der weiß, was es heißt, einen kleinen Hof (16 Hektar) zu bewirtschaften. 65-70 Stunden Arbeitszeit die Woche, seit zehn Jahren hat er außer an verlängerten Wochenenden keinen zusammenhängenden Urlaub gemacht. "Meinen Stundenlohn darf ich gar nicht ausrechnen, dann müßte ich sofort aufhören" - und der nur deshalb als Pächter des elterlichen Hofes rumkommt, weil er selbst noch keine Familie zu ernähren habe.

Daß die Großen der Branche immer größer werden, hat nicht soziale Folgen, sondern auch ökologische. Die Spezialisierung fördert Monokulturen, bringt Schädlings- und Seuchengefahren, unter denen auch die Kleinen zu leiden haben. In Hermanns unmittelbarer Nach-

barschaft läßt sich das begutachten. Ein Zwölf-Kuh-Betrieb mußte aufgeben. Die höchste Pacht bot ein 20 Kilometer entfernt liegender Großbetrieb. Die Folge: Wo ehemals sieben Felder mit verschiedenen Fruchtfolgen angebaut wurden, wächst jetzt Mais, nichts als Mais.

Gewiß, auch Hermann betreibt keinen ökologischen Landbau, auch seine Mastschweine kennen kein Stroh, aber die Spritze kommt allenfalls im Krankheitsfall zum Einsatz. Der massive Einsatz von Antibiotika, in Großbetrieben schon zur Vermeidung von Seuchen an der Tagesordnung, findet auf seinem Hof nicht statt. Neben den 250 Mastschweinen hält er 50 Schafe. 20 Pferde stehen im Stall, die meisten "Pensionspferde", aber auch eigene, die stundenweise - zumeist an Kinder - verliehen werden.

Wahlkampf und Hofarbeit zusammen ist fast nicht mehr zu schaffen. Die Grünen finanzieren ihm vorübergehend einen Angestellten. Wenn es am 12. Mai langt, dürfte der Mann für fünf Jahre eine Dauerstellung haben.

Jakob Sonnenschein

## Die Grünen im Rat

Hier noch einmal die Besetzung der Ausschüsse durch die grünen Ratsmitglieder:

Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss:	Rudolf Schwarzenberger, Tel. 4591
	Klaus-Peter Kegel, Tel. 2573
Bauausschuss:	Klaus-Peter Kegel, Tel. 2573
Fremdenverkehrs- und Forstausschuss:	Georg Roentgen, Tel. 2829
Bildung, Jugend, soziales und Sport:	Susanne Osterloh, Tel. 3477
Rechnungsprüfungsausschuss:	Rudolf Schwarzenberger, Tel. 4591
Ausschuss für zivile Verteidigung:	Rudolf Schwarzenberger, Tel. 4591

**Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an!**

## IST GUTER RAT TEUER ? Aus der Arbeit der GRÜNEN im Kreistag

Unsere Abgeordnete Ursula Schwarzenberger berichtet, wie die GRÜNEN im Kreistag durch ihre Initiative eine seit 10 Jahren verfahrenere Situation im Schulwesen zu einem guten Ende gebracht haben.

Es ging um eine Sonderschule für verhaltensauffällige Kinder, die sogenannte E-Schule. Seit über 10 Jahren besteht in der Stadt Aachen eine solche Schule, in der aus Grund- und Hauptschulen die verhaltensauffälligen, die "erziehungsschwierigen" Kinder im Rahmen des Sonderschulwesens "zusammengezogen" werden. Daß diese Kinder besondere Hilfe brauchen, steht außer Frage - aber alle zusammen in einer gesonderten Schule?

Nach der Sonderschulgesetzgebung in NRW ist aber der Kreis verpflichtet, etwas für diese Schülergruppe zu tun. So legten die Schulräte des Kreises schon 1977 ein Konzept vor, nach dem die betroffenen Schüler möglichst in ihren heimatlichen Schulen verbleiben könnten, zumindest aber in besonderen Lerngruppen in einer Schule ihrer Gemeinde unterrichtet werden sollten. Die CDU nahm dieses Konzept auf, es wurde aber vom Regierungspräsidenten in Köln abgelehnt. Obwohl die CDU von diesem Konzept so überzeugt war, daß sie es jetzt als eigenes Modell verkauft, akzeptierte sie die Ablehnung, obrigkeitshörig wie sie ist, und verlegte sich nur noch aufs Verhindern der von der SPD verlangten vollausgebauten E-Schule. Mindestens 90 Kinder aus dem ganzen Kreisgebiet (von Monschau bis Aldenhoven!) wären nach den Vorstellungen der SPD an einem Standort zusammengekartt worden, sie wären für längere Zeit, vielleicht bis zu ihrem Schulabschluß, in dieser Sonderschule ausgesondert worden - "zu ihrem Wohle". So geschah dann bis nach der Kommunalwahl 1984 außer Absichtserklärungen beider Parteien eigentlich nichts.

Im neuen Kreistag glaubte die SPD ihre zentrale E-Schule endlich durchsetzen zu können. Sie mußte sich aber von den GRÜNEN

belehren lassen, daß in den letzten sieben Jahren die Sonderschulpädagogik längst soweit war, daß die Betreuung dieser Schüler in den Grund- und Hauptschulen ambulant mit besonders ausgebildeten Lehrern als wünschenswert gilt. In intensiver Arbeit mit Anträgen im Schulausschuß und dem Vorstellen schon bestehender Modelle gelang es den GRÜNEN, trotz starker Angriffe in der Presse, ihre Überzeugungsarbeit zum Erfolg zu führen. Sie erreichten im April 1985 den einstimmigen Beschluß, der schon für das neue Schuljahr diese neue dezentrale Lösung ermöglicht.

Zu diesem hier beschriebenen Ablauf paßt ein Wort des NRW-Kultusministers Hans Schwier (SPD) auf der Konferenz der Kultusminister im November 84, zitiert in "DIE ZEIT" vom 28.01.85:

Zu lange, so Schwier, habe man sich in die "Hände einer immer größer werdenden Zahl erfindischer Beamten begeben", die den Ministern vorschreiben, "warum das eine geht und das andere gelassen werden soll." Nur ein freies, unabhängiges Beratungsgremium könne, ohne administrative Zwänge, mutige und neue Impulse geben. (Zitat Ende)

Im Kreis Aachen gab es neue Impulse, verehrter Herr Schwier, doch kamen sie von den GRÜNEN!

Die GRÜNEN im Kreis haben weiterhin eine Einrichtung der sogenannten pädagogischen Familienhilfe beantragt, die vor allem sozial schwachen Familien durch individuelle Betreuung so hilft, daß eine drohende Heimeinweisung der Kinder überflüssig wird. Dieser Antrag wird jetzt zusammen mit der SPD (die CDU stellt sich dabei unverständlicherweise quer) realisiert werden. Dabei werden nachweislich Kosten in erheblichem Umfang gespart werden können.

## TERMINE

## TERMINE

## TERMINE

- Mittwoch, 8. 5. 85, 18 Uhr: Gedenkfeier zum 40. Jahrestages des Kriegsendes und der Opfer aus allen Völkern,  
Ort: Ehrenfriedhof an der Strasse Kesternich-Burberg.
- Donnerstag, 9. 5. 85, 20 Uhr: Gesprächsabend der GRÜNEN Roetgen zum Thema: "Wirtschaft, Dritte Welt und Abrüstung",  
Ort: Gasthof "Zur Ampel", Bundesstr. 68.
- Freitag, 10. 5. 85, 20 Uhr: Veranstaltung mit Fête der GRÜNEN, als Sprecherin nimmt teil C h r i s t a N i c k e l s , ehemalige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN,  
Ort: Lumpenfabrik Monschau.
- Samstag, 11. 5. 85, 9 Uhr: Am Büchertisch der GRÜNEN auf dem Roetgener Markt stellt sich von 9.15 bis 10.45 unser Direktkandidat M e i n u l f D e l l e n zum Gespräch  
Ort: Marktplatz Roetgen.
- Sonntag, 12. 5. 85, 19 Uhr: Wahlfête der GRÜNEN,  
Ort: Am Grünen Büro, Postweg 2, Roetgen.
- Weitere Termine, insbesondere die für alle offenen Vorbesprechungen von Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse, werden im Schaukasten angekündigt. In der Regel finden diese Besprechungen der Ratsfraktion der GRÜNEN jeweils montags vor einer Sitzung statt, und zwar um 19 Uhr, Zimmer 14, Rathaus.

